

12.07.1943 – vor 70 Jahren begann eine sowjetische Offensive im Raum von Kursk, die mit dem Sieg im Kursker Bogen endete.

18.07.1918 – 95. Geburtstag von Nelson Mandela, langjährig vom Apartheidregime eingekerkelter Führer des ANC und erster farbiger Staatspräsident Südafrikas

23.07.1793 – vor 220 Jahren kapitulierte die Mainzer Republik vor dem Ansturm der preußischen Truppen

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

12. Ausgabe / 23. Jahrgang

Für Halle

09. Juli 2013

Halle bleibt!

Zum wiederholten Mal kamen gestern in Halle mehr als 5000 Demonstrierende zusammen, um gemeinsam gegen die rigide Kürzungspolitik der CDU/SPD-Koalition zu kämpfen. Studierende, Kulturschaffende, Bürgerinnen und Bürger aus ganz Sachsen-Anhalt verliehen ihrem Unmut über die geplanten Einschnitte im Bildungs-, Sozial- und Kulturbereich lautstark Ausdruck.

Auf dem Weg vom Uni-Klinikum in der Magdeburger Straße an der Oper vorbei zum Campus schlossen sich immer mehr Menschen dem Demo-Zug an, um ihren Protest zu bekunden gegen die Sparpolitik der Landesregierung.

Dabei wurde einmal mehr deutlich, dass sich die



Betroffenen nicht gegeneinander ausspielen lassen wollen.

Die Frage ist nicht, ob die Theater in Dessau, Eisleben oder Halle finanziell bluten müssen. Die Frage ist ebenso wenig, ob nun die Medizinische Fakultät in Halle oder Magdeburg dem "Sparzwang" zum Opfer fällt. Vielmehr geht es um ein generelles Umdenken der Landespolitik – um die Anerkennung einer flächendeckenden Bildungs- und Kulturlandschaft als

Notwendigkeit für die Zukunft des Landes und der Menschen in Sachsen-Anhalt!

Kultur und Bildung dürfen nicht aufs Spiel gesetzt



werden, nur weil die Landesregierung hier Potenzial zum Sparen sieht.

Dabei wäre es allerdings der falsche Ansatz, Bildung und Kultur nur daran zu messen, was sie nachweisbar zur Zukunftsfähigkeit unseres Landes beisteuern. Nein, beide sind – fernab von zweifellos notwendigen praktischen Überlegungen – gesellschaftliche Werte und zivilisatorische Errungenschaften an sich und müssen auch deshalb gegen die Pläne der Landesregierung verteidigt werden. Eine moderne Gesellschaft muss sich Bildung und Kultur leisten, um als solche gelten zu können.

Ein erster Schritt zur Sicherung der Kultur- und Bildungslandschaft wäre es, endlich die Empfehlungen des Kulturkonventes ernst zu nehmen und umzusetzen. Die Fraktion DIE LINKE hat dafür ein Kulturfördergesetz vorlegt, um den Kulturabbau in Sachsen-Anhalt zu stoppen.

Nun ist es an der Landesregierung zu zeigen, wie sie wirklich zu Kultur und Bildung steht.

Die Redaktion empfiehlt:

Bilanzbroschüre der Arbeit im Deutschen Bundestag 2009 - 2013

Vorwort zur Bilanzbroschüre von Dr. Petra Sitte

Die vier Jahre der 17. Wahlperiode des Bundestags sind fast vorüber. Wieder habe ich als Oppositions-

politikerin versucht, im Parlament, in den Ausschüssen und der Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft die richtigen Fragen zu stellen und konkrete Alternativen einzubringen. Ich habe mich mit vielen Sachverständigen aus den unterschiedlichen Politikfeldern beraten und habe Netzwerke für eine gute linke Politik geknüpft. Eines haben Wissenschafts-, Innovations- und Netzpolitik gemeinsam: Sie stellen immer wieder althergebrachtes Wissen und oft auch Gewissheiten in Frage. Genau bei diesem Prozess versuche ich, mit offenen Ohren dabei zu sein. Es geht oftmals darum, überhaupt

erst zu definieren, was eine LINKE Innovations- oder Netzpolitik sein und leisten kann. Denn auch in diesen Bereichen stellen sich die gleichen sozialen Fragen der Existenzsicherung und Teilhabe wie in anderen Politikfeldern. Wie kann der Fortschritt so gestaltet werden, dass er uns nicht überrollt, sondern zu einem besseren und selbstbestimmten Leben für alle beiträgt? Diese Frage begleitet meinen politischen Alltag – ob in Halle oder in Berlin.

Ich möchte Ihnen nun mit dieser Broschüre die Bilanz meiner Arbeit der letzten vier Jahre vorstellen. Dabei soll deutlich werden, welche Positionen sich während der Bearbeitung der Probleme ergeben haben und welche Erfolge errungen werden konnten.

Beginnen möchte ich zunächst mit meiner Wahlkreisarbeit als direkt gewählte Abgeordnete aus Halle und als Stadträtin. Natürlich will ich Ihnen Ergebnisse aus der Wissenschafts-, Innovations- und Netzpolitik vorstellen.

Abschließend liegen mir Themen am Herzen, bei denen ethische Abwägungen

in den Mittelpunkt der Entscheidung rücken. In all

diesen Bereichen konnten wir immer auch in unserer Oppositionsrolle ganz konkrete Erfolge erzielen, die bei einer Bilanz nicht verschwiegen werden sollen. Wer neue Entwicklungen nicht nur begleiten, sondern sie für Menschen sozial und gerecht ausgestalten will, muss immer wieder dazu lernen.

Es geht mir nicht darum, mich nur an den Fehlern anderer Parteien abzuarbeiten.

Ich möchte Ihnen eine kluge und soziale Alternative bieten.

Viel Vergnügen beim Lesen wünscht Ihnen
Petra Sitte



Anm. der Redaktion:

Die Broschüre ist in der Blumenstraße 16 zu den üblichen Geschäftszeiten erhältlich oder im Internet unter: <http://www.petra-sitte.de/bilanz/>
Hinweis:

Die Broschüre darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

**Öffentlich!
Weil's wichtig
für alle ist.**

An die BAG Hartz IV der Partei DIE LINKE

Zur Verbreitung in den sozialen Netzwerken und Hartz IV Initiativen

DIE LINKE • Parteivorsitzende • Kleine Alexanderstraße 28 • 10178 Berlin

Beschluss zur Mindestsicherung im Wahlprogramm der LINKEN

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, nach dem Parteitag der LINKEN vom 14. bis 16. Juni in Dresden haben wir E-Mails mit Fragen zu unserer Mindestsicherung im Wahlprogramm erhalten. Sowohl Genossinnen und Genossen als auch Hartz-IV-Beziehende teilen uns dort ihre Befürchtung mit, wir wollten Hartz-IV nur reformieren statt es rückstandslos zu überwinden. Auch in den sozialen Netzwerken werden entsprechende Befürchtungen geäußert. Diese Sorgen sind unbegründet. Prominent in der Einleitung unseres Wahlprogramms haben wir unmissverständlich beschlossen:

„Schließlich sagen wir immer noch laut und deutlich: Hartz IV muss weg! Stattdessen brauchen wir eine bedarfsgerechte und sanktionsfreie Mindestsicherung, die Betroffene gegen Armut absichert und gesellschaftliche Teilhabe garantiert.“

Sowie ausführlicher im Kapitel „Soziale Grundrechte garantieren statt Schikane und Armut durch Hartz IV“:

„Schließlich sagen wir immer noch laut und deutlich: Hartz IV muss weg! Stattdessen brauchen wir eine bedarfsgerechte und sanktionsfreie Mindestsicherung, die Betroffene gegen Armut absichert und gesellschaftliche Teilhabe garantiert. (...) Kurzfristig müssen die Hartz-IV-Regelsätze auf 500 Euro erhöht und die Sanktionen und so genannte „Ein-Euro-Jobs“ abgeschafft werden. Wir wollen ein Konzept einbringen, in dem keine Mindestsicherung mehr unter 1.050 Euro liegt. Gegebenenfalls muss diese bei hohen Mieten durch Wohngeld ergänzt werden können. (...) Nachweisbare Sonderbedarfe werden zusätzlich übernommen. DIE LINKE drängt darauf, anstelle der Bedarfs- und Einsatzgemeinschaften das Individualprinzip unter Berücksichtigung der gesetzlichen Unterhaltsverpflichtungen einzuführen.“

Aber nicht nur im Wahlprogramm, sondern auch in vielen Interviews, Reden, Pressestatements und in Artikeln haben wir immer wieder auf die Mindestsicherung von 1 050 EUR hingewiesen. Auch im Kurzwahlprogramm wird diese Forderung ihren Platz

finden und wir werden – für uns eine Selbstverständlichkeit – mit einem Themenplakat zur Mindestsicherung und gegen Hartz IV in den Wahlkampf ziehen.

Wir möchten deshalb klar stellen: DIE LINKE will ein Konzept für eine Mindestsicherung erarbeiten, die sicherstellt, dass niemand mehr unter 1 050 EUR fällt. Das ist die Abschaffung von Hartz-IV und dies kommunizieren wir auch deutlich. Ein solches Konzept bedarf aber einer entsprechenden Diskussion in der Partei und in der neuen Bundestagsfraktion.

Viele kritische Fragen und Statements beziehen sich auf unsere Sofortforderung, den Hartz-IV-Regelsatz auf 500 EUR zu erhöhen und die Sanktionen abzuschaffen, sowie das Individualprinzip (=Bedarfsgemeinschaften abschaffen) einzuführen. Aber selbst unsere Sofortforderungen zu Hartz-IV können nicht bloß als Hartz-IV-Reform interpretiert werden. Kern des Hartz-IV-Systems ist der Regelsatz, der gesellschaftliche Teilhabe unmöglich macht, ein schikanöses Sanktionssystem und die Konstruktion der Bedarfsgemeinschaft. Diese drei Punkte, die den Kern des Hartz-IV-Systems ausmachen, werden bereits durch unsere Sofortforderungen abgeschafft. Ein Regelsatz von 500 EUR, der noch um die Kosten der Unterkunft sowie mögliche Sonderbedarfe ergänzt wird, Sanktionsfreiheit und die Abschaffung der Konstruktion der Bedarfsgemeinschaft, führen dazu, dass mit dem Kern des repressiven und skandalösen Hartz-IV-System gebrochen und eine echte individuelle Grundsicherung eingeführt wird. Die Weiterentwicklung dieser individuellen Grundsicherung hin zu einer Mindestsicherung, die sicherstellt, dass niemand unter 1.050 EUR fällt, ist der nächste Schritt, den wir uns für die kommende Legislaturperiode vorgenommen haben.

Wir möchten euch alle herzlich einladen, an dieser Diskussion teilzunehmen. Bis dahin freuen wir uns auf einen engagierten Wahlkampf, zu dem wir euch alle herzlich einladen (www.linksaktiv2013.de). Denn je besser das Wahlergebnis der LINKEN, desto klarer das Signal an die anderen Parteien, dass deren Hartz-IV-Kurs nicht weiter gefahren werden kann. Lasst uns dafür gemeinsam kämpfen!

Mit solidarischen Grüßen

Katja Kipping Bernd Riexinger

Der Warschauer Ghettokönig

Rudolf Scholz

Es sind Recherchen zur Geschichte des Warschauer Ghettos, zu denen sich der Verleger Joachim Jahns im Jahre 2007 gezwungen sieht, um eine gegen ihn und seinen Verlag gerichtete Klage vor dem Leipziger Landgericht abzuwehren. Zufällig fällt ihm dabei ein 70-seitiger, bis heute unveröffentlicht gebliebener Augenzeugenbericht in die Hände, der eine Fülle brisanter Fakten zur Errichtung und Liquidierung des Warschauer Ghettos enthält. Dessen Verfasser: SS-Hauptsturmführer Franz Konrad, Leiter der „Werterfassungsstelle“ des Ghettos, der „Warschauer Ghettokönig“, verantwortlich für die Beschlagnahme und Plünderung des jüdischen Eigentums. Die Umstände, wie er am Ende des 2. Weltkrieges in amerikanische Gefangenschaft gerät, tragen skurrile Züge. Er ist nicht nur im Besitz des Koffers mit den persönlichen Hinterlassenschaften Adolf Hitlers und Eva Brauns. Er hat auch zahlreiche Fotos von der Liquidierung des Ghettos bei sich, die er den Amerikanern übergibt, sowie ein Exemplar des berüchtigten, aus dem Besitz Himmlers stammenden „Stroop“-Berichts, der die Verbrechen bei der Niederschlagung des Ghettos dokumentiert. Ohne sich selbst zu schonen, verfasst er seinen Zeugenbericht. Die Vernehmer lassen ihn in dem Glauben, ihn als Zeugen zum Nürnberger Prozess zu schicken, liefern ihn jedoch, als er sein gesamtes Wissen preisgegeben hat, an Polen aus, wo er gemeinsam mit dem „Henker von Warschau“, dem SS-General Jürgen Stroop, im März 1952 als Kriegsverbrecher gehängt wird. Der von Joachim Jahns nun erstmalig publizierte „Konrad“-Bericht ist eine Informationsquelle von bestürzender Authentizität. Hier sagt ein Insider aus, der an der Errichtung des Ghettos von Anfang an maßgeblich beteiligt war und über die genaueste Detailkenntnis verfügt. Joachim Jahns stellt dem originalen, ungekürzt wiedergegebenen Berichtstext eine umfangreiche, mit investigativer Leidenschaft betriebene Recherche voran. Dabei charakterisiert er auch die Rolle des SS-Obersturmbannführers Dr. Ludwig Hahn, der in Warschau als Chef der Sicherheitspolizei und des SD sehr eng mit Reinhard Heydrich zusammenarbeitete und für unmenschliche Verbrechen in Warschau die Verantwortung trägt. (Joachim Jahns, Der Warschauer Ghettokönig, 230 S., geb., EUR 24,90)
Rudolf Scholz ist der Autor des Schlesienromans „Die Schwalben der Kindheit“

Vortrag mit Diskussion
ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG
Sachsen-Anhalt e.V.
22.08.2013 Beginn 18:00 Uhr

Von Menschen, Kultur und Krieg. Zur aktuellen Situation in Afghanistan und Pakistan

Entlang einer journalistischen Bildreise aus ca. 400 Fotos werden abseits bekannter Klischees einzigartige Einblicke gewährt und Zusammenhänge erklärt.

Von der Hauptstadt Kabul geht es in die umkämpften Südpervenien Kandahar und Helmand, vom „Deutschen Kommandogebiet“ im Norden ins entlegene Tora-Bora-Gebirge, Osama Bin Ladens letzter Bastion, und von dort über Belutschistan, wo paschtunische Separatisten für die Unabhängigkeit ihrer Provinz kämpfen, in die von Talibankämpfern und internationalen Jihad-Aktivisten beherrschten pakistanischen Stammesgebiete, wo westliche Journalisten kaum hingelangen.

Der Fotograf und Buchautor Knut Mueller begleitete Mujaheddin-Kämpfer genauso wie US-Marines und zivile Aufbauhelfer, traf mit Politikern, Warlords, Selbstmordattentätern, Geheimdienstlern, einfachen Bauern und Flüchtlingen zusammen. Schwerpunktmäßig reflektiert und hinterfragt der Vortrag die ISAF-Mission, den Bundeswehreininsatz, die Polizeiausbildung, das Engagement ziviler Helfer vor dem Hintergrund komplexer gesellschaftlicher Realitäten wie Clan-Wirtschaft, Korruption und religiösem Extremismus.

Vortrag und Diskussion mit dem Journalisten
Knut Mueller

06122 Halle, Kulturtreff Halle-Neustadt,
Am Stadion 6
V.i.s.d.P. Viola Schubert-Lehnhardt
KONTAKT
RLS REGIONALBÜRO Halle Blumenstr. 16,
06108 Halle, TEL/Fax: 0345-2025594,
email: gs-halle@rosaluxsa.de

Grüne und SPD brechen Wahlversprechen – siehe Baden-Württemberg

Michael Schlecht, MdB – Spitzenkandidat DIE LINKE in Baden-Württemberg, Gewerkschaftspolitischer Sprecher im Parteivorstand DIE LINKE

Bestimmten Forderungen, die SPD und Grüne im Wahlkampf zur Bundestagswahl verkünden, kann man nur zustimmen – auch wenn sie häufig hinter den Forderungen der Linken zurückbleiben. Zum Beispiel wollen sie Leiharbeit und Befristungen regulieren.

Allerdings bleibt das ungute Gefühl, ob die Wahlversprechen auch eingehalten werden. Manch einem ist noch die zynische Bemerkung von Müntefering aus dem Jahr 2006 in Erinnerung: „Ich bleibe dabei: Dass wir oft an Wahlkampfaussagen gemessen werden, ist nicht gerecht.“

Aus der Vergangenheit könnte man eine lange Liste mit gebrochenen Wahlversprechen aufstellen. Gerade für Rot-Grün. Aber auch in der jüngsten Zeit gingen SPD und Grüne mit ihren Versprechen höchst „kreativ“ um. So haben sie nach der Landtagswahl 2011 in Baden-Württemberg viele Wahlversprechen gebrochen.

Der eklatanteste Bruch findet bei der Bildung statt. Man wolle endlich gemeinsames Lernen verwirklichen, den Lehrermangel beheben und vieles andere mehr. So tönte es vor der Wahl. Der ehemalige Ministerpräsident Mappus wurde beschimpft, weil im Wahlkampf durchsickerte, dass er beabsichtige in Zukunft 4000 Lehrerstellen zu streichen. Die Beschimpfung war berechtigt, jedoch haben Kretschmann und Schmid nach der Wahl verkündet, dass sie sogar 6000 Stellen streichen wollen. Bis zum Ende des Jahrzehntes sollen es nahezu 12.000 werden.

Auch in vielen anderen Bereichen wird gekürzt und gestrichen. So sollen im öffentlichen Dienst 5000 Stellen abgebaut werden. Die Bezüge der Beamten werden erst Monate nach der Tarifierhebung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst angehoben. Die Anhebung der Diäten der Landtagsabgeordneten um 3,2 Prozent zum 1. Juli wurde jedoch nicht verschoben.

Und weshalb dieser fortgesetzte Bruch von Wahlversprechen?

Weil der Landeshaushalt auf Biegen und Brechen „konsolidiert“ werden soll. Rund 2,5 Milliarden jährliche Ausgaben wollen Grüne und SPD verkürzen. Der Fiskalpakt, der dies vorschreibt, wurde von ihnen nicht nur unterstützt, sondern aktiv mit vorangetrie-

ben. Für den vermeintlichen „Sachzwang“ zum Kürzen sind Grüne und SPD selbst mitverantwortlich. Nur mit ihrer Zustimmung im Bundestag ist der Fiskalpakt in das Grundgesetz aufgenommen worden! DIE LINKE war die einzige Fraktion, die geschlossen dagegen gestimmt hat.

Um aus dem Dilemma der knappen Kassen und wichtiger Reformprojekte herauszukommen, bleibt nur die massive Besteuerung von Reichen und Vermögenden. Eine Vermögensteuer ist gerade wichtig für Länder mit klammen Kassen, da sie vollständig den Länderhaushalten zu gute kommt.

Die SPD hat im Bundestagswahlprogramm unverbindlich eine Vermögensteuer in Aussicht gestellt, ohne die Ausgestaltung, also Freibeträge und Steuersatz, zu benennen. Die Grünen wollen lediglich eine Vermögensabgabe, die „über mehrere Jahre verteilt“ insgesamt 100 Milliarden Euro erbringen soll. Dieses Geld soll zum Schuldenabbau verwandt werden. Für die Länder, für die Bildung bringt dies nichts. Erst langfristig, in vielen Jahren wollen die Grünen eine Vermögensteuereinführen.

DIE LINKE hingegen will eine Millionärsteuer.

Vermögen ab einer Million soll mit fünf Prozent besteuert werden. 80 Milliarden Euro zusätzliche Einnahmen sind so möglich, die alleine den Ländern zufließen. Alleine Baden-Württemberg würde mehr als zehn Milliarden Euro erhalten. Damit wäre nicht nur die Bildung und Erziehung gerettet, sondern vieles anderes mehr. So könnte der ökologische Energieumbau finanziert oder die Infrastruktur, marode Brücken und Straßen könnten saniert werden.

Aber selbst die bescheidenen Ansätze ihrer eigenen Parteien werden von Kretschmann und Schmid sabotiert.

So haben beide angekündigt, dass Baden-Württemberg zu weit gehende steuerliche Verpflichtungen für Reiche im Bundesrat verhindern werde.

Man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen:

Der Ministerpräsident und sein Vize brechen lieber Wahlversprechen, kürzen Lehrerstellen anstand an vorderster Linie für eine massive steuerliche Verpflichtung für Reiche, die es gerade in Baden-Württemberg gibt, zu sorgen!

Buchtipps

für den Sommer

Wie weiter?

Die soziale Zerklüftung der Gesellschaft, die Militarisierung der Außenpolitik, die Vernachlässigung ganzer Regionen. Gregor Gysi spricht diese existenziellen Fragen an und sucht nach Auswegen aus der Krise der Gesellschaft und seiner Partei.

Gregor Gysi „Wie weiter“, Verlag Das neue Berlin, 192 Seiten, Preis: 12,99 Euro.

Ottokar, der Musterschüler

Wer hätte das gedacht! Da lässt der brave Schüler Ottokar seit fast fünfzig Jahren seine Aufsätze in Büchern drucken, aber als er neulich seine Schulmappe durchwühlte, stieß er auf einen ganzen Stapel, den er schlicht vergessen hatte abzugeben. Nun sind Direktor Keiler und alle anderen Lehrer längst berentet, müssen sich nicht mehr mit vorlauten Schülern herumschlagen und können auch keine Zensuren mehr vergeben. Aber sicher werden auch sie vergnügt nachlesen, welche bisher unentdeckten Streiche ihr Lieblingsschüler Ottokar und seine Freunde einst verübten.

Ottokar Domma „Ottokar, der Musterschüler“, „Eulenspiegelverlag“, 144 Seiten, 12,5 x 21,0 cm mit Illustrationen, gebunden. ISBN 978-3-359-02371-5, Preis: 9,95 Euro.

Der Autor: Ottokar Domma, bürgerlicher Name Otto Häuser. Geboren 1924 in Schankau, Kreis Karlsbad. Lernte Gebrauchswerber, danach Studium am Lehrerseminar an der Humboldt-Uni-

versität. War Lehrer, Schulleiter und Redakteur. Seit 1959 Veröffentlichungen im „Eulenspiegel“, wo er die Figur des „braven Schülers Ottokar“ ins Leben rief, der inzwischen in zahlreichen Büchern seine Streiche vollführt. Otto Häuser starb im Juli 2007.

Alphabet des Schreckens

Hans-Günther Pölitz buchstabiert sich auf der Tastatur der aktuellen Politik durch ein „Alphabet des Schreckens“. Er fängt bei A wie Altersarmut an und gibt bei Z wie Zuverdienst für Bundestagsabgeordnete auf. Was nicht heißt, dass ihm je der Stoff ausgehen könnte angesichts der Steilvorlagen, die die Politiker liefern. Der Magdeburger Kabarettist serviert mit diesem Buch das Neueste und Beste aus dem „Pölitz-Frühstück“, seiner wöchentlichen MDR-Sendung, und erweist sich einmal mehr als Meister des geschliffenen Wortes.

Hans-Günther Pölitz „Alphabet des Schreckens“, Eulenspiegelverlag, 240 Seiten, gebunden, 12,0 x 19,0 cm

ISBN 978-3-359-02384-5, Preis: 12,99 Euro / eBook 7,99 Euro

Der Autor: Hans-Günther Pölitz, geboren 1952 in Waldheim, begann 1972 an einem Studentenkabarett, ging zur „Herkuleskeule“, nebenher externes Schauspielstudium. Bis 1989 beim Magdeburger Kabarett „Zange“, dann bei den „Kugelblitzen“. Nach einem Zwischenspiel bei der Münchner „Lach- und Schießgesellschaft“ gründete er 1996 mit der „Magde-

burger Zwickmühle“ sein eigenes Kabarett.

Pölitz gehört nach Kritikermeinung zu den „zehn besten Kabarettisten Deutschlands“.

Walter Ulbricht

Walter Ulbricht kam aus SPD und Arbeiterbewegung, gehörte zu den KPD-Gründern, war Abgeordneter des Reichstags, Widerstandskämpfer gegen Hitler, Emigrant, nach der Befreiung SED- und DDR-Mitbegründer; mehr als 20 Jahre bestimmte er wesentlich die Geschicke des ersten sozialistischen deutschen Staats.

Egon Krenz, nach Honecker der zweite Nachfolger Ulbrichts, hat sich mit historischem Sinn der anspruchsvollen Aufgabe unterzogen, Zeugnisse zu Leben und Werk seines Vorgängers zu sammeln und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Walter Ulbricht erscheint hier in Erinnerung und Urteil von Weggefährten und Zeitgenossen ebenso wie von Historikern der Gegenwart. Die Autoren, großenteils noch persönlich mit Ulbricht bekannt, schildern Erlebnisse und Eindrücke. Wissenschaftler und Schriftsteller analysieren Ulbrichts Politik, Leistungen und Wirkungen.

„Walter Ulbricht“, Egon Krenz (Hrsg.), Verlag Das neue Berlin, 608 Seiten, 16,5 x 22,5 cm, mit Abb.

gebunden, mit Schutzumschlag, ISBN 978-3-360-02160-1, Preis: 24,99 Euro/ eBook 14,99 Euro.

Diese Titel können über den Verlag & Verlagsservice, Fa. Schneidewind, Germarstr. 6, 06112 Halle bestellt werden. Telefonisch über (0345) 5170956 oder per Email: kontakt@verlag-schneidewind.de

Wenn alle von allen alles wissen wollen

Von Jan Korte, Mitglied im Vorstand und Leiter des Arbeitskreises Demokratie, Kultur, Wissen und Bildung der Fraktion DIE LINKE. im Bundestages

Der 30 Jahre alte IT-Spezialist Edward Snowden hat vor wenigen Wochen ein Überwachungsprogramm aufgedeckt, welches in seiner Dimension alle Grenzen sprengt. Der US-Militärgeheimdienst National Security Agency (NSA) überwacht und speichert den weltweiten Kommunikationsverkehr. Alleine in der Bundesrepublik werden am Tag laut SPIEGEL im Schnitt 20 Millionen Telefonverbindungen und 10 Millionen Internetdatensätze aus E-Mails und Telefonaten, SMS und sogar Chat-Protokollen gespeichert. Auch der britische Geheimdienst Government Communications Headquarters (GCHQ) zapft den weltweiten Datenverkehr an und kann laut Snowden bis zu 600 Millionen Telefonverbindungen täglich erfassen.

US-Präsident Obama hat die massenhafte Sammlung von Kommunikationsdaten mit dem Kampf gegen den Terror erklärt. Auch Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich verteidigte das Ausspähprogramm Mitte Juni, obwohl schon zu diesem Zeitpunkt klar war, dass das Überwachungs- und Speicherungsverhalten der Geheimdienste dazu führt, dass das in der Bundesrepublik geltende Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung massiv angegriffen wird und hier somit ein verfassungswidriger Zustand herrscht. Für den eigentlich so auf Recht und Ordnung abgerichteten „obersten Verfassungsschützer“ kein Problem: Ohne Umschweife verteidigte er bei dieser Gelegenheit die Ausweitung des Überwachungsprogramms des Bundesnachrichtendienstes (BND) und wählte sich damit in derselben Reihe mit den USA und Großbritannien: In einem Club der Herrschenden, die für ihre Bevölkerung definieren, wie viel Überwachung und Kontrolle sie im Sinne der Sicherheit zu erdulden haben.

Am 30. Juni konnte die Bundesregierung in der Presse lesen, sie sei niemals Mitglied in diesem erlesenden Club gewesen: die Bundesrepublik wäre für die USA ein sogenannter „Partner dritter Klasse“ und vermutlich selber abgehört worden. Nicht nur Innenminister, der gestern noch alles vorbildlich fand, sondern auch der Bundespräsident, der seine Familie durch die USA-Lauscherei bis vorgestern geschützt sah, jammert heute über die Anmaßung des Freundes.

Warum machen die Geheimdienste das überhaupt?

Weil die Regierungen, die Militärs, die Geheimdienstler und die großen Unternehmen in aller Welt davon ausgehen, dass es wichtig ist, alles von allen zu wissen. Und weil die technische Entwicklung Informationssammlungen und Informationsauswertungen in einem Umfang möglich gemacht hat, von dem totalitäre Denker in Politik und Literatur bisher nur geträumt haben.

Deshalb ist es zwar hochinteressant zu erfahren, was die Geheimdienste im Einzelnen mit all den Daten anfangen. Geht es also um Wirtschaftsspionage, um Bevölkerungskontrolle oder um das Ausspionieren weltweiter Interessen von Freund und Feind? Vermutlich schon. Um Terrorismus geht es vor allem dann, wenn die Überwachung gerechtfertigt werden muss.

Wichtiger aber als die genaue Verwendung der Daten ist die dahinter steckende Logik der Herrschenden - um auch den Begriff mal wieder zu verwenden. Am Zustandekommen dieser Datenexzesse haben schließlich alle mitgearbeitet: Die Daten der Bürgerinnen und Bürger und ihre Auslieferung an eben den jetzt so scharf kritisierten Freund haben alle abgehörten Institutionen hierzulande und in der EU durchaus in Ordnung gefunden - ja mehr noch. Sie haben sie selbst aktiv und gegen Widerstand einer kritischen Öffentlichkeit und der inner- und außerparlamentarischen Opposition vorangetrieben und durchgesetzt. Fluggastdaten (PNR), Bankdaten (SWIFT) und anderes - alles für den Freund, weil man selbst davon profitiert und das alles auch selbst haben wollte: Nach den internationalen PNR-Abkommen folgt konsequenterweise das EU-eigene.

Nationale Instrumente wie Kontenabruf, Bestandsdatenauskunft, TKÜ - alles mit Zustimmung der jetzt Empörten. Die Rechtsgrundlagen mögen andere sein - die Logik dahinter ist dieselbe.

Und so wissen die Bundesregierungen aller Farbkombinationen natürlich, dass seit Jahren intensiv Daten zwischen den Diensten der USA, der BRD und der EU ausgetauscht werden, dass nach ihrer Herkunft nicht gefragt wird. Und was ich im eigenen Land nicht darf, kann vielleicht der Freund für mich erledigen. Die jetzt aufgeflogene Praxis ist kein einseitiges Datenab-



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat Juli Geburtstag haben.



greifen - es handelt sich um ein Karussell, das auf unterschiedlichem Niveau im Kern aber alle gemeinsam betreiben. Wer mit einem Finger auf die USA zeigt, zeigt mit vier auf sich selbst - selten war dieses Sprüchlein so zutreffend wie in diesem Fall.

Allein schon, um den Vorwurf des Messens mit zweierlei Maß auszuräumen, muss die Bundesregierung ein bedingungsloses und praktisches Bekenntnis zu den in unserer Verfassung garantierten Grundrechten der Bürgerinnen und Bürger abgeben. Das bedeutet zum einen, für bedingungslose öffentliche Aufklärung zu sorgen: Was haben Kanzleramt und Bundesbehörden über die ausländischen Aktivitäten gewusst? Was machen die eigenen Dienste? Zweitens muss sie mit gutem Beispiel vorangehen: Das Überwachungsprogramm des BND auflösen, das anlasslose Sammeln und Weitergeben von Bürgerdaten einzustellen und sich endgültig von der Vorratsdatenspeicherung verabschieden. Und sie muss auf internationaler Ebene für eine zügige Abrüstung bei der Überwachung einsetzen. Um dies bei der Bundesregierung einzufordern hat sie eine Sondersitzung des Bundestags beantragt.

Was vorher schon klar war, hat der Überwachungsskandal noch bestätigt: Wie viel von unserer alltäglichen Kommunikation von Seiten der Staats und der Wirtschaft abgegriffen wird, können wir nur teilweise beeinflussen. Wenn wir in unserem Alltag nicht überwacht werden wollen, wenn wir unsere Daten nicht ausbeuten lassen wollen wie einen beliebigen Kartoffelacker und unsere Selbstbestimmung nicht aufgeben wollen, hilft nur politischer und gesellschaftlicher Widerstand.

Neues aus dem Wahlbüro

16.08.2013, 10:00 – ca. 18:00 Uhr zentrale Plakathängeaktion in Halle

- * Mithilfe wird früh/vormittags zum Fädeln der Kabelbinder in die Plakate benötigt
- * Fahrerinnen und Fahrer mit Auto
- * Leitern, um die vorgeschriebene Hängehöhe der Plakate zu gewährleisten
- * Mitfahrerinnen und Mitfahrer zum Hängen der Plakate
Anschließend Grillabend zur Eröffnung der „heißen“ Wahlkampfphase.

07.09.2013 – Neustadtfest, Parkfest und CSD fallen alle auf diesen einen Tag

- * Zur Absicherung unserer Präsenz brauchen wir noch Genossinnen und Genossen (auch stundenweise)

18.09.2013 – zentrale Wahlkampfveranstaltung auf dem Markt u.a. mit Gregor Gysi

- * Unterstützung wird zur ganztägigen flächendeckenden Präsenz auf dem Markt benötigt
(nähere Infos folgen noch)

==> Plan für die Infostände im Stadtgebiet Halle (Saale) wird im August erstellt – nicht an jedem Stand wird Petra persönlich vor Ort sein können, Sichtbarkeit der Partei DIE LINKE ist wichtig. Im Vorfeld bittet das Wahlbüro die Genossinnen und Genossen, ihre Standorte und Zeiten für die Stände hinsichtlich Laufpublikums zu prüfen.

==> Wahlkampffahrrad steht in der Blumenstraße und steht bei Bedarf zur Verfügung (das Fahren sollte vorher geübt werden)

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - t ä g i g

Auflage: 600 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
04.07.2013
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 18.07.2013